

Digitalisierung für die Menschen

**Eine Agenda für mehr
Wachstum, Bildung und
Chancengerechtigkeit
in den G20-Staaten**



Vorwort

Die Debatte um Digitalisierung und ihre Folgen ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Inzwischen haben die meisten Akteure in Politik, Wirtschaft und Medien die fundamentalen Umwälzungen im Zuge der Digitalisierung erkannt. Deshalb ist es folgerichtig, dass dieses Querschnittsthema auch auf der Agenda der G20 steht, dem zentralen Forum für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der führenden Industrie- und Schwellenländer. Die diesjährige deutsche Präsidentschaft bietet die einmalige Gelegenheit, die globalen Herausforderungen der Digitalisierung als Kristallisationspunkt ökonomischer, politischer und sozialer Zukunftsfragen zu diskutieren und dabei auch unsere deutschen und europäischen Sichtweisen zum Ausdruck zu bringen.

Es ist wichtig, dass ein starkes Signal für eine gerechte Gestaltung der Digitalisierung gesetzt wird. Global vernetzte Wertschöpfungsketten haben zwar das Leben der Menschen auf der ganzen Welt verbessert und die Digitalisierung birgt ohne Zweifel weitere große Wachstumspotenziale. Bei vielen Menschen ist diese Entwicklung aber noch nicht angekommen, viele blicken auf ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Stagnation zurück. Dies hat in Europa und den USA zum Erstarren populistischer Bewegungen beigetragen, die für wirtschaftliche und politische Abschottung werben. Auch in den Schwellenländern gibt es vermehrt globalisierungskritische Bewegungen. Die Bürger der G20-Staaten werden einen mutigen Schritt in die digitale Zukunft nur mitgehen, wenn sie selbst nicht zu Verlierern der Globalisierung und Digitalisierung werden.

Als überparteiliche Denkfabrik und Stimme der europäischen Internet- und Digitalwirtschaft hat die IE.F deshalb gemeinsam mit Roland Berger die wichtigsten Handlungsfelder einer digitalen G20-Agenda identifiziert und zeigt Wege zu einer Gestaltung der Digitalisierung für die Menschen auf, die wirtschaftliches Wachstum, Bildung und Chancengerechtigkeit verbindet. Ihr Zielbild sind offene Märkte und transparenter Wettbewerb als Grundlage eines digitalen Wachstumsimpulses, der den Menschen die Chance auf sozialen Aufstieg und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation gibt. Wir freuen uns auf die konstruktive Zusammenarbeit und auch kritische Auseinandersetzung mit allen, die an diesem Ziel mitwirken wollen.



Friedbert Pflüger

Vorsitzender
Internet Economy
Foundation



Clark Parsons

Geschäftsführer
Internet Economy
Foundation

Fünf Maßnahmen für eine gerechte Gestaltung der digitalen Transformation

- 1. Fairen und freien Wettbewerb
im Netz sicherstellen**
- 2. Innovationsfreundliche
Rahmenbedingungen schaffen**
- 3. Flächendeckenden
Breitbandausbau forcieren**
- 4. Soziale Mobilität durch zukunfts-
orientierte Bildung fördern**
- 5. Meinungsvielfalt in digitalen Medien
gewährleisten**

Inhalt

1	EINE VERUNSICHERTE WELT	6
.....		
2	WAS AUF DEM SPIEL STEHT	10
.....		
3	WAS JETZT ZU TUN IST	14
.....		
4	DAS POTENZIAL DER DIGITALISIERUNG NUTZEN	28



1 **EINE VER- UNSICHERTE WELT**

Die Welt blickt auf erfolgreiche Jahrzehnte zurück, in denen Globalisierung und Digitalisierung für große Fortschritte in Wirtschaft und Gesellschaft gesorgt haben. Dieser Fortschritt hat sich besonders auf das Leben der Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern ausgewirkt. Weniger Menschen leiden heutzutage Hunger, mehr Kinder erhalten eine Schulbildung, eine globale Mittelklasse hat sich gebildet und die Kindersterblichkeit geht zurück. Diese positive Entwicklung ist auch Ergebnis der Arbeit internationaler Kooperationsforen wie der G20.

Dennoch werden aktuell einige Fundamente dieses Erfolgsmodells infrage gestellt. Insbesondere in den Industriestaaten gewinnen protektionistische Bestrebungen an Boden, die sich gegen freien Welthandel aussprechen und der politischen Klasse skeptisch gegenüberstehen. Getragen werden diese protektionistischen Reflexe von einem Gefühl der Verunsicherung, dessen Ursache man auch in den sozioökonomischen Umbrüchen im Zuge von Globalisierung und Digitalisierung suchen muss. Die konkreten politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien unterscheiden sich von Land zu Land. Doch überall werden globale Wertschöpfungsketten und technologischer Fortschritt als Bedrohung für Arbeitsplätze und Wohlfahrtssysteme gesehen, die Abstiegsängste schürt statt Gewinnchancen zu vermitteln. Seine realwirtschaftliche Entsprechung findet dieser Eindruck im schwachen Wachstum der Industriestaaten, wo weniger Menschen von Globalisierung und Digitalisierung profitieren konnten als in den Schwellenländern.

Vor allem Europa blickt auf ein verlorenes Jahrzehnt zurück. Ein Erstarken populistischer und protektionistischer Strömungen wird Europa langfristig nur verhindern, wenn es seinen Bürgern eine bessere wirtschaftliche Perspektive in Form von Wachstum und einem attraktiven Arbeitsmarkt bietet. Ein wirtschaftlicher Aufschwung Europas würde einen wichtigen globalen Wachstumsimpuls setzen und dazu beitragen, die fragile politische Weltsituation zu stabilisieren. Es muss deshalb im Interesse aller G20-Mitglieder sein, dass Europa wirtschaftlich wieder an Fahrt aufnimmt und so auch zu einer stabilen globalen Ordnung beiträgt. Dabei bietet die Digitalisierung das größte Potenzial für höhere Produktivität, bessere Arbeitsplätze und eine gerechtere Gesellschaft. Dieses Potenzial muss Europa nutzen.

Die deutsche G20-Präsidentschaft geht einen wichtigen ersten Schritt und setzt mit der Digitalisierung einen zukunftsweisenden Schwerpunkt für das Forum. So wird am 6. und 7. April 2017 im Vorfeld des G20-Gipfels zum ersten Mal ein Treffen der Digitalminister der größten Industrie- und Schwellenländer stattfinden. Es bietet die einmalige Gelegenheit, die Digitalisierung als Kristallisationspunkt ökonomischer, politischer und sozialer Zukunftsfragen zu diskutieren. Anlässlich der gemeinsamen Konferenz der deutschen G20-Präsidentschaft und der OECD zu *Key Issues for Digital Transformation in the G20* im Januar hat die OECD relevante Herausforderungen im Rahmen der Digitalisierung benannt und Handlungsempfehlungen an die Politik ausgesprochen. Darunter fallen unter anderem Datenschutz und -sicherheit, Verbraucherschutz sowie die Entwicklung von Standards im Bereich Industrie 4.0.

Das Potenzial der Digitalisierung reicht jedoch weit über die vernetzte Produktion im Rahmen der sogenannten vierten industriellen Revolution hinaus. Deshalb greift das vorliegende Papier drei Themen auf, die aus Perspektive der europäischen Internetwirtschaft von zentraler Bedeutung sind für die G20 im Allgemeinen und für Europa im Besonderen:

- 1.** Unser Wohlstand basiert auf freiem Handel und fairem Wettbewerb – das gilt erst recht in der digitalen Welt. Die globale Wirtschaft wird von großen digitalen Plattformen geprägt, die als Marktplatz, Innovationstreiber und Werbeträger einen hohen Nutzen für Konsumenten und Unternehmen haben. Doch mit der Größe eines digitalen Netzwerks wächst nicht nur der Kundennutzen, sondern auch die Marktmacht des Plattformbetreibers. Insbesondere US-amerikanische und chinesische Plattformen haben durch Schaffung digitaler Ökosysteme rings um ihre Kernservices eine hohe Systemrelevanz erreicht, die sie zu marktbeherrschenden Akteuren der Internetwirtschaft macht. Diese systemrelevanten Plattformen können zu einer Gefahr für den Wettbewerb werden, indem sie die Regeln der globalen Digitalökonomie diktieren und neue Konkurrenten verdrängen.
- 2.** Aufstrebende Digitalunternehmen in Europa und den Schwellenländern stoßen auf hausgemachte Probleme. Start-ups werden durch bürokratische Verfahren, innovationsfeindliche Regulierung und fehlenden Zugang zu Finanzierung gebremst. Das erschwert nicht nur die Gründung, sondern auch das Wachstum junger Unternehmen.

Zudem öffnet die Internetwirtschaft neue Märkte und trifft dort auf eine innovationsfeindliche „Legacy“-Regulierung, die nicht zur digitalen Welt passt. Dadurch werden Innovationen verhindert, Wachstumspotenziale bleiben ungenutzt und die Angebotsvielfalt für Konsumenten wird beschränkt.

- 3.** In politischer Hinsicht schließlich gilt es kritisch zu hinterfragen, wem die Gewinne der global vernetzten Wertschöpfungsketten heute und in Zukunft zugutekommen. In den (ehemaligen) Schwellenländern hat der Anschluss an die Weltwirtschaft Millionen von Menschen aus der Armut befreit. Es ist wichtig, dass sich auch die Vorteile der Digitalisierung in der Aussicht auf individuellen Wohlstand bemerkbar machen – überall in der Welt. Gelingt es nicht, die digitale Transformation gerecht zu gestalten, droht ein Verlust von Aufstiegschancen und damit ein Rückgang der sozialen Mobilität. Ganze Bevölkerungsschichten sähen sich auf der Verliererseite, ein Erstarken populistischer Strömungen wäre die Folge. In vielen Industrienationen blickt bereits ein großer Teil der privaten Haushalte auf ein Jahrzehnt stagnierenden Wohlstands oder sogar realer Einkommensverluste zurück.

Angesichts dieser Herausforderungen müssen die G20 entschieden handeln. Dieses Papier plädiert für einen transatlantischen Schulterschluss als treibende Kraft, um in den großen Volkswirtschaften und darüber hinaus faire Regeln für die Digitalökonomie durchzusetzen. Trotz der dominanten Stellung amerikanischer Plattformen sollten die Industrie- und Schwellenländer ihre

Märkte für digitale Geschäftsmodelle aus den USA offen halten. Im Gegenzug müssen die digitalen Superstars vor allem der amerikanischen Westküste zur Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen in der Internetwirtschaft beitragen.

Gleichzeitig gilt es für die G20-Staaten, die Innovationskraft ihrer eigenen Digitalstandorte zu stärken. Dazu gehören eine Verschlankung und Modernisierung der Bürokratie und die Anpassung der Regulierung an die Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft. Dies betrifft außerdem den Zugang zu Kapital, damit innovative Unternehmen in der Gründungs- wie in der Wachstumsphase ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten haben. Darüber hinaus gilt es, die Spielregeln einiger Wirtschaftssektoren zu überdenken. Dies betrifft beispielsweise Personenverkehr oder Tourismus – Branchen, in denen innovative Geschäftsmodelle häufig durch bestehende Regulierung ausgebremst werden.

Schließlich braucht es verstärkte Investitionen, um eine Spaltung der Gesellschaft in digitale Gewinner und Verlierer zu verhindern. Grundlage jeder gerechten Wirtschaftsordnung im digitalen Zeitalter ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet. Das gilt für manch strukturschwache Region in den Industriestaaten, erst recht jedoch für die Schwellenländer. Die UN führen umfassenden und bezahlbaren Zugang zum Internet als Teil ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*), den Nachfolgern der *Millennium Development Goals*. Darüber hinaus benötigt die Weltgemeinschaft mit den G20 als Vorreitern eine globale Bildungsoffensive, die Schüler fit für die digitale

Welt und Arbeitnehmer anpassungsfähig für die anstehenden Veränderungen macht. Dazu zählt auch der richtige Umgang mit digitalen Medien und ihrem ungezügelter Informationsfluss.

Globalisierung und Vernetzung haben Millionen Menschen aus der Armut befreit. Wenn wir diese Erfolgsgeschichte fortsetzen wollen, müssen wir jetzt für freien Handel und gerechte Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft eintreten – auch und gerade im Zuge der fortschreitenden digitalen Transformation.



2

**WAS AUF
DEM SPIEL
STEHT**

Kurz nach seiner Amtseinführung im Januar hat US-Präsident Donald Trump höhere Zölle zur Verringerung des US-Handelsbilanzdefizits angekündigt. Dies entspricht der bereits in seiner Amtsantrittsrede geäußerten Haltung, wonach sich andere Volkswirtschaften auf Kosten der Vereinigten Staaten bereicherten. Gemäß dieser Sichtweise ist der Negativsaldo im Außenhandel der USA gleichbedeutend mit einem Wohlstandsverlust für die amerikanischen Bürger. Demzufolge wäre internationaler Handel ein Nullsummenspiel, bei dem nur einer der Handelspartner gewinnen kann. Deshalb erscheint es zunächst nur folgerichtig, wenn US-Präsident Trump entlang seines Slogans „America First“ die heimische Wirtschaft mit Einfuhrzöllen vor ausländischer Konkurrenz schützen will. Vor dem Hintergrund dieser Logik wäre es fahrlässig anzunehmen, dass sich der protektionistische Reflex der neuen US-Regierung alsbald in Wohlgefallen auflösen wird.

Bisher gab es eine ungeschriebene Abmachung: Die USA haben den Exporten des produzierenden Gewerbes aus Europa und China Marktzugang gewährt. Im Gegenzug hat Europa seine berechtigten Interessen beim Schutz eigener digitaler Serviceunternehmen zurückgestellt und den europäischen Markt für US-Plattformen und ihre digitalen Geschäftsmodelle offen gehalten. Sollten die USA Einfuhrzölle auf europäische Exportgüter erheben, käme das einer Aufkündigung dieser informellen Übereinkunft gleich. Die Europäer könnten als Konsequenz ihrerseits das ungeschriebene Güter-versus-Plattformen-Abkommen kündigen. Dies hätte zur Folge, dass US-Digitaldienstleister keinen oder stark eingeschränkten Zutritt zum europäischen Markt erhielten. China,

dessen Handelsbilanzüberschuss mit den Vereinigten Staaten mehr als doppelt so hoch ist wie jener der Europäischen Union, hat ein solches Modell bereits frühzeitig und radikal umgesetzt. Geschützt durch die „Great Firewall of China“, haben sich dort mit Tencent und Alibaba große Plattformunternehmen von hoher Reichweite entwickelt.

In Reaktion auf US-Schutzzölle könnten rund um den Globus regionale Inseln des digitalen Protektionismus entstehen. In diesem Szenario würden Staaten und Staatenverbünde ihre Wirtschaft abschotten und darauf hoffen, dass sich in der Folge eine eigenständige regionale Digitalökonomie entwickelt. Ein solcher Schritt hätte gravierende Folgen, wie sich am Beispiel Europas veranschaulichen lässt. Mit seinen 500 Millionen Konsumenten (EU-28) gehört der Kontinent zu den wichtigsten Märkten für die US-Plattformen:

- eBay erwirtschaftet knapp ein Sechstel seines Umsatzes allein in Deutschland.
- Der europäische Markt trägt über ein Fünftel zu Apples operativem Ergebnis bei und macht beinahe ein Viertel des Gesamtumsatzes aus.
- Auch Facebook würden ohne den europäischen Markt fast 25% seines Umsatzes fehlen – und 349 Millionen regelmäßige Nutzer. Jeder europäische „monthly active user“ bringt dem Unternehmen im Schnitt gut doppelt so viel Umsatz wie sein Pendant in Asien.

In Asien und Afrika warten zwar noch Wachstumsmärkte auf die Eroberung durch digitale Plattformen – doch auf beiden Kontinenten sind die chinesischen Internet-

**Die Antwort auf einen möglichen
US-amerikanischen Protektionismus
darf nicht in der Errichtung regionaler
Digitalfestungen bestehen – weder
in Europa noch in den übrigen G20.**

giganten zumindest vertreten oder schon auf dem Vormarsch. Ein Wegbrechen des gesamten europäischen Marktes würde die digitalen Plattformen an Amerikas Westküste deshalb empfindlich treffen.

Doch auch die Europäer würden verlieren, sollten sie auf US-Schutzzölle mit Abschottung ihrer Internetwirtschaft reagieren. Die marktführenden Plattformen sind erfolgreich, weil sie einen großen Kundennutzen bieten. Ohne sie würde europäischen Konsumenten eine breite Palette an digitalen Services vorenthalten, die sich zumindest kurzfristig nicht ersetzen ließen.

Angesichts der weltweiten Machtverhältnisse in der Internetwirtschaft wäre Europa von der digitalen Zukunft abgehängt. Denn die US-Unternehmen haben vor allem deshalb eine so große Marktmacht, weil sie Schlüsselpositionen an der Schnittstelle zum Kunden besetzen: Digitale Plattformen agieren als Netzknoten und Interessensabgleicher („Matchmaker“) in mehrseitigen Märkten; sie setzen Standards und reduzieren Risiken – und ermöglichen damit hocheffiziente Transaktionen. Zudem verfügen sie über riesige Kapazitäten zur Erhebung und Analyse von Kundendaten. Daher haben die US-Plattformen eine enorme Bedeutung für Europas Unternehmen – als Markterschließer, als Vertriebskanal, als Werbeträger, als Innovationstreiber und als Geschäftspartner.

Somit würde die europäische Wirtschaft keineswegs von einer rigiden digitalen Abschottung profitieren. Zum einen, weil auch in Europa zahlreiche Unternehmen die großen US-Plattformen als zentrale Kundenschnittstelle nutzen; sie würden einen entscheidenden Intermediär

zu ihren Kunden verlieren – nicht nur auf ihrem Heimatmarkt, sondern weltweit. Zum anderen ist zu befürchten, dass die Innovationskraft vieler technologiegetriebener und global vernetzter Unternehmen erlahmt, wenn US-Plattformen gar nicht mehr in Europa präsent sein dürften. Schließlich sind diese einerseits unverzichtbare „Business Enabler“, andererseits Vorbilder in Sachen Innovationskraft und Wertschöpfungspotenzial.

Am schwersten wiegt jedoch, dass Europa mit einer digitalen Abschottungsstrategie die Grundlage seines Wohlstands aufgäbe. Offener Handel, Innovationsfreiheit und fairer Wettbewerb haben den Kontinent erfolgreich gemacht. Merkantilismus, staatlicher Dirigismus und Monopole hingegen waren stets mit Wohlfahrtsverlusten verbunden. Deshalb darf die Antwort auf einen möglichen US-amerikanischen Protektionismus nicht in der Errichtung regionaler Digitalfestungen bestehen – weder in Europa noch in den übrigen G20.



3

**WAS JETZT
ZU TUN IST**

Unabhängig von den konkreten Entscheidungen der US-Regierung sollten die Digitalminister der G20 bei ihrem Treffen die Initiative ergreifen, um eine protektionistische Eskalationsspirale von Beginn an abzuwenden. Treiber dieser Initiative sollte ein transatlantischer Schulterchluss zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sein. Im Zuge dieser transatlantischen Kooperation und als Zeichen guten Willens sollte Europa den digitalen Plattformen aus den USA weiterhin Zugang zum europäischen (Binnen-)Markt gewähren. Voraussetzung für den Verzicht auf digitale Abschottung wäre die Kooperation der US-Plattformen bei der Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für die europäische Internetwirtschaft.

Diese ordnungspolitischen Grundregeln könnten zum Vorbild für eine innovative und gerechte Digitalwirtschaft in allen G20-Mitgliedsstaaten werden. Dadurch ließe sich verhindern, dass sich der digitale Status quo verfestigt und die großen Plattformen aus den Vereinigten Staaten und China den globalen Markt unter sich aufteilen. Das Zielbild muss eine offene, vitale und globale Internetökonomie sein, die von der Innovationskraft aller beteiligten Regionen lebt.

Doch hängt das Erreichen dieses Ziels nicht allein von fairen Wettbewerbsbedingungen ab. Vielmehr müssen die einzelnen Staaten die Innovationskraft ihrer Wirtschaft stärken. Dazu gehört vor allem der Abbau bürokratischer Hürden und innovationsfeindlicher Regulierung. Beides bremst oder verhindert die Gründung und das Wachstum neuer Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen.

Die aktuell zu beobachtenden politischen Umbrüche weltweit machen außerdem deutlich, dass eine offene Wirtschaft und freier Handel auf die Zustimmung breiter Wählerschichten angewiesen sind. Wenn sich die Gewinne von Globalisierung und Digitalisierung zu ungleich auf die Gesellschaft verteilen, wenn es zu viele Verlierer gibt, dann entsteht ein Nährboden für populistische und protektionistische Bewegungen. Deshalb müssen die G20 vorangehen und als globale Vorbilder und Vorreiter die Rahmenbedingungen für eine gerechte Wirtschaftsordnung in einer digitalen Welt schaffen. Es gilt, die entwicklungs- und industriepolitischen Erfolge der vergangenen Jahre in das digitale Zeitalter zu übertragen.

3.1 Fairen und freien Wettbewerb im Netz sicherstellen

Die mächtigsten Exponenten der Internetökonomie sind digitale Plattformen. Unternehmen wie Alphabet/Google, Apple, Facebook oder Amazon („GAFA“) haben als zentrale Schaltstellen des globalen Internets eine systemrelevante Stellung erlangt: Ohne sie geht im Netz nichts mehr. Zuletzt wurde diese Abhängigkeit deutlich, als am 28. Februar 2017 nicht weniger als 54 der 100 größten Online-Händler der Welt lahmgelegt wurden, weil ein Tippfehler eines Software-Technikers von Amazons Cloud-Tochter AWS den Ausfall nahezu der gesamten Server-Infrastruktur an der Ostküste Amerikas bewirkte. Schätzungen zufolge haben durch den Systemfehler alleine die im Aktienindex S&P 500 gelisteten Unternehmen rund 150 Millionen USD verloren.

Diese dominante Markt- und Wettbewerbsstellung mit ihrer Systemrelevanz für die gesamte Weltwirtschaft (nicht nur die Internetökonomie) spiegelt sich in vielen Zahlen wider: So entsprechen die Umsätze großer Plattformunternehmen heute der Höhe des Bruttoinlandsprodukts entwickelter Volkswirtschaften – z.B. erwirtschaftet Apple alleine ungefähr so viel wie Finnland. Und die sieben wichtigsten digitalen Plattformen werden vom Markt so hoch bewertet wie alle 50 Unternehmen des Euro Stoxx 50 zusammen. →A

Immer neue Börsen-, Umsatz- und Gewinnrekorde belegen den weltweiten Siegeszug digitaler Plattformen, der auf ihrem hohen Nutzen für Konsumenten und Geschäftskunden beruht. Ihre Innovationen steigern nicht nur die Vielfalt digitaler Services, sondern erschließen über innovative Geschäftsmodelle auch neue Märkte. Dies führt zu einer Win-win-Situation, in der Konsumenten von neuartigen Angeboten, niedrigeren Preisen und höherer Markttransparenz profitieren, während vor allem kleine und mittlere Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen zielgerichtet und großräumig anbieten können. Da digitale Plattformen zugleich Transaktionskosten reduzieren, haben sie das Potenzial, die volkswirtschaftliche Effizienz und Produktivität zu steigern. Angesichts der durch Plattformen generierten Wohlfahrtseffekte ist ihre herausgehobene Stellung in der globalen Wirtschaft gerechtfertigt.

Auffällig ist neben ihrer dominanten Markt- und Wettbewerbsposition auch die Herkunft der Plattformunternehmen: Die sieben größten Betreiber stammen alle aus den Vereinigten Staaten und China. Zwar pro-

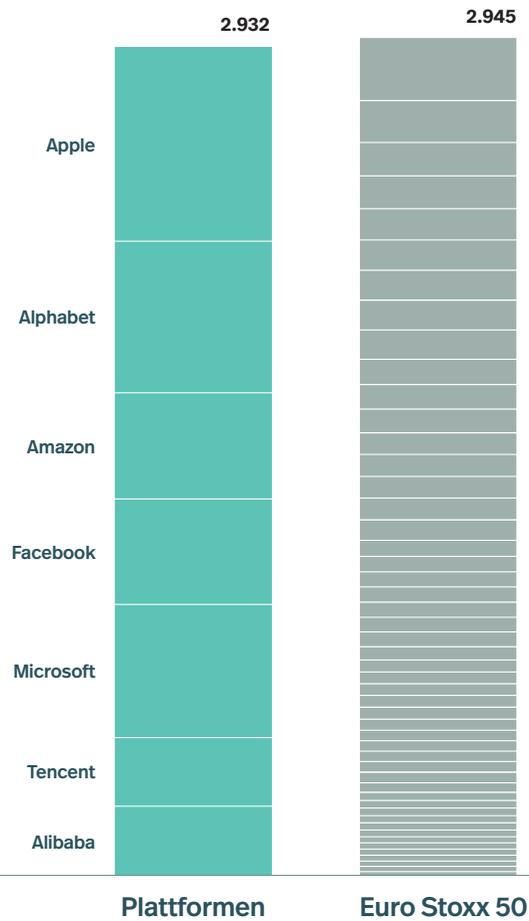
fitieren indirekt zahlreiche Volkswirtschaften von den Wohlfahrtseffekten der Plattformökonomie. Es bleibt aber fraglich, ob diese Volkswirtschaften unter den aktuellen Wettbewerbsbedingungen in der Lage sind, eigene plattformbasierte Geschäftsmodelle zu etablieren. Schon heute zeigt sich eine Tendenz der Plattformökonomie zur Monopolbildung, die fairen Wettbewerb gefährdet und zu einem Hindernis für den Erfolg neuer Plattformunternehmen werden kann.

Für diese Einschätzung gibt es gute Gründe: Indem digitale Plattformen als Intermediäre die zentralen Schnittstellen zum Konsumenten besetzen, sichern sie sich exklusives Kundenwissen. Dieses (und ihre gewaltigen Kapitalreserven) nutzen sie, um in vor- und nachgelagerte Wertschöpfungsstufen vorzudringen. So hat Alphabet/Google nach seinem Start als Suchmaschinenanbieter ein ganzes Universum an Plattformanwendungen entwickelt (Betriebssystem, Browser, Mapping, Messaging, Videostreaming, App Store etc.) und mehr als 200 Firmen zugekauft. Durch diese Vertikalisierungsstrategie vergrößern Plattformbetreiber ihren Datenpool und sichern ihre Marktstellung weiter ab. Für Wettbewerber wird es somit zunehmend schwerer, sich einen eigenen Kundenzugang zu verschaffen und ihr Geschäftsmodell unabhängig von systemrelevanten Plattformen zu skalieren.

Über vertikale Integration kreieren Plattformen eigene Ökosysteme, die Software, Services, Content und sogar Hardware vereinen und auch die Angebote von Drittanbietern integrieren. Diese profitieren von der Zusammenarbeit, weil sie ihre Produkte oder Services auf

A Die sieben wichtigsten Internetplattformen werden vom Markt so hoch bewertet wie alle Unternehmen des Euro Stoxx 50

Marktkapitalisierung [Mrd. EUR]



Quelle: Bloomberg; Roland Berger (Stand: 23.03.2017)

einem etablierten Marktplatz mit vielen Konsumenten anbieten können. Den größten Nutzen aus dieser Symbiose zieht aber die Plattform selbst, die sich über eine standardisierte Programmierschnittstelle attraktive Innovationen externer Entwickler zunutze macht und gleichzeitig die Kontrolle über die angebotenen Produkte und Services (und die Kundendaten) behält. In ihrer Ausprägung als Ökosysteme erzielen digitale Plattformen enorme Verbundvorteile mit hohem Kundennutzen – und erreichen als Anbieter systemrelevanter Infrastruktur eine sehr starke, kaum noch angreifbare Markt- und Wettbewerbsposition.

Die herausgehobene Stellung digitaler Plattformen birgt die Gefahr einer Marktverschließung und Monopolbildung. Angesichts der aktuell zu beobachtenden Wettbewerbsmuster besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass etablierte Plattformunternehmen ihre Kontrolle über systemrelevante Infrastruktur in Form von Kunden- und Programmierschnittstellen zum Nachteil ihrer Wettbewerber ausnutzen. Eine ambitionierte G20-Agenda mit dem Ziel einer transparenten und innovationsfördernden Internetwirtschaft muss für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die der neuen Marktrealität der Plattformökonomie Rechnung tragen.

Triebkraft und Blaupause einer Reform hin zu transparenteren und innovationsfördernden Wettbewerbsregeln für die Internetwirtschaft sollte die bereits beschriebene transatlantische Kooperation sein. Im Best-Case-Szenario arbeiten die Vereinigten Staaten und Europa zusammen, um den richtigen Rahmen für faire Wettbewerbsbedingungen in der digitalen Welt zu setzen. Ein

solcher ordnungspolitischer Rahmen umfasst eine Vielzahl an Rechtsgebieten und somit zahlreiche Einzelmaßnahmen. Aus Sicht der europäischen Internetwirtschaft sind bei der Neugestaltung des Rechtsrahmens drei zentrale Prinzipien zu beachten:

Datenportabilität. Konsumenten sollten das Recht erhalten, ihre Daten beim Wechsel des Anbieters mitzunehmen. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der EU gibt es bereits Regeln, die auf eine Portabilität der Nutzerdaten abzielen. Sie beziehen sich jedoch lediglich auf personenbezogene Daten. Konsumenten sollten aber Anspruch auf die Mitnahme all ihrer persönlichen Daten haben und z.B. Playlists oder Fotoalben, die ohne Portabilität einen starken Lock-in-Effekt begründen, mitumziehen können. Da marktbeherrschende Plattformen mit hoher Dynamik neue De-facto-Standards setzen, müssen offene Schnittstellen und bestmögliche Interoperabilität dafür sorgen, dass auch andere Marktteilnehmer auf diesen Standards aufsetzen können.

Entbündelung vertikaler Dienste. Systemrelevante Plattformen sollten ihre vor- und nachgelagerten Produkte und Services nicht gegenüber Wettbewerbern abschotten dürfen. Deshalb müssen vertikale Dienste in geschlossenen Systemen konsequent entbündelt werden, sofern Wettbewerber in vor- oder nachgelagerten Wertschöpfungsstufen benachteiligt werden. Dies gilt insbesondere für vorinstallierte Produkte und Services.

Plattformneutralität. Systemrelevante Plattformen sollten sich gegenüber Geschäftspartnern und Wettbewerbern neutral verhalten und ihnen einen diskrimi-

nierungsfreien Zugang zu ihrer Infrastruktur gewähren müssen. Dieses zugangssichernde Neutralitätsgebot betrifft sowohl die Aufnahme der Produkte und Services externer Anbieter als auch die damit einhergehenden Nutzungsbedingungen und Zahlungssysteme.

Bei der Etablierung dieser Prinzipien und eines wettbewerbssichernden Rechtsrahmens ist eine internationale Kooperation anzustreben, damit der Wettbewerb in der Internetwirtschaft einheitlichen Standards folgt. Nur so kann ein Wettlauf der Staaten um das niedrigste Regulierungsniveau verhindert und ein innovationsfördernder Wettbewerb in der digitalen Welt erreicht werden – hier spielen die G20 eine wichtige Rolle.

3.2 Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen

Wachstum und Innovationskraft der globalen Digitalwirtschaft werden nicht nur durch die Dominanz großer Plattformen, sondern auch durch nicht zeitgemäße, nicht sachgerechte und/oder überkomplexe Regulierung gebremst. Für eine vitale Internetökonomie sollten die G20 Rahmenbedingungen insbesondere für die Gründung und Skalierung neuer Unternehmen verbessern. Eine schwerfällige Bürokratie und ein Dickicht an regulativen Normen treiben die Kosten für Unternehmensgründungen in die Höhe.

Die Weltbank vergleicht im Rahmen ihres jährlichen *Doing Business*-Rankings die Regulierung in 190 Ländern

Nur wenn der Wettbewerb in der Internetwirtschaft einheitlichen Regeln folgt, kann ein Wettlauf um das niedrigste Regulierungsniveau verhindert werden.

– und benennt die wichtigsten bürokratischen Hürden, die Unternehmensgründer dort jeweils überwinden müssen. →B

Die Analyse der Weltbank umfasst nicht nur die Last der Bürokratie, sondern den mit einer Unternehmensgründung verbundenen regulatorisch bedingten Aufwand insgesamt. Dazu zählen Interaktionen sowohl mit Behörden als auch mit Wirtschaftsprüfern und Notaren. So müssen Gründer in den Staaten der G20 durchschnittlich sieben unterschiedliche Prozesse durchlaufen, um ihr Unternehmen einzutragen. In Kanada sind die Hürden für Unternehmensgründungen besonders niedrig: Nach nur zwei Prozessschritten kann man dort ein neu gegründetes Unternehmen legal betreiben. In Argentinien hingegen sind 14 Prozesse notwendig, bevor ein Unternehmen rechtskräftig gegründet ist. Die EU schneidet mit durchschnittlich fünf Prozessschritten besser ab als das Gros der G20-Staaten.

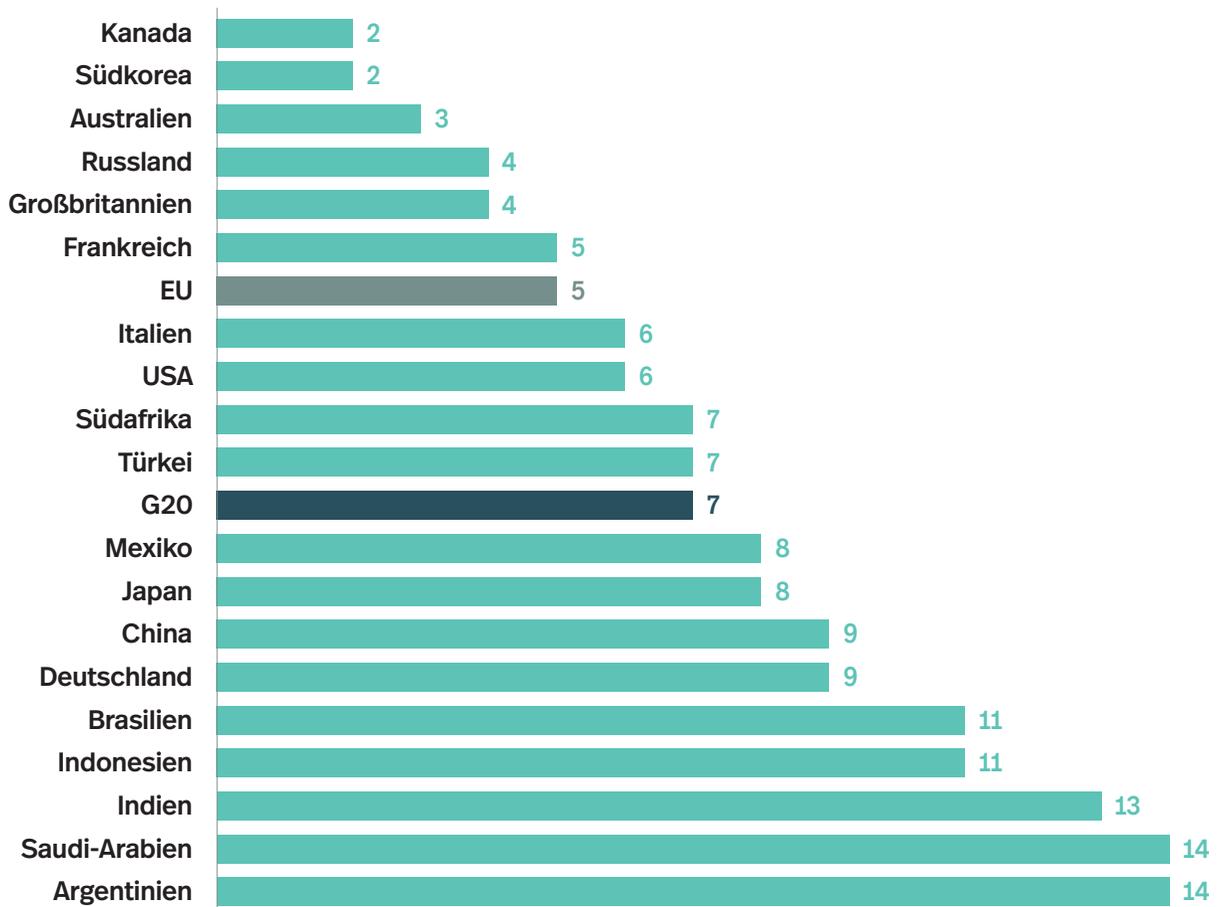
Wenn Unternehmensgründungen aufgrund bürokratischer Verfahren und regulatorischer Prozesse verzögert werden, bremst dies die Innovationskraft einer Volkswirtschaft. Um das Potenzial der Digitalisierung zu nutzen, sollten die G20 die Neugründung von Unternehmen deutlich vereinfachen. Ein erster Schritt dazu ist der Ausbau des E-Government. Durch Digitalisierung administrativer Prozesse können die Staaten Reibungsverluste senken und das Entstehen digitaler Initiativen vereinfachen. Estland geht mit gutem Beispiel voran: Die *e-Residency* bietet jedem Menschen auf der Welt die Möglichkeit, ein Unternehmen in Estland zu registrieren und von einem beliebigen Ort aus zu betreiben.

Diese innovative Idee sollte die EU insgesamt zum Anlass nehmen, um Vereinfachungen für Start-ups umzusetzen. Entlang des estnischen Vorbilds sollten Unternehmensregistrierungen über alle EU-Staaten hinweg standardisiert und digitalisiert werden – idealerweise in Form eines europäischen One-Stop-Shops, der als übergreifende Anlaufstelle für alle Belange der Unternehmensgründung fungiert. Als weitere Maßnahme könnte die EU eine einheitliche Rechtsform für Start-ups einführen. Denkbar wäre eine EU-weit anerkannte Europäische Privatgesellschaft mit dem Ziel, das Vertrauen von Investoren und Geschäftskunden international tätiger Start-ups zu stärken. Um Start-ups in der Wachstumsphase die Einwerbung von Kapital zu erleichtern, ist die Einführung einer „Aktiengesellschaft light“ bedenkenswert. Diese neue Rechtsform könnte Standardvorgänge wie die Durchführung der Hauptversammlung erleichtern, ohne den Gläubiger- und Investorenschutz zu untergraben. Darüber hinaus sollte die EU die Kapitalmarktunion weiter vorantreiben, um vor allem kleinen und neu gegründeten Unternehmen den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern. Dies betrifft sowohl die Start-up-Finanzierung über Private Equity als auch die Kapitalbeschaffung in der Wachstumsphase.

Die Schaffung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen muss jedoch über die Vereinfachung von Unternehmensgründung und -finanzierung hinausgehen. So treffen insbesondere die Geschäftsmodelle neuer Unternehmen weltweit auf regulatorische Barrieren oder rufen diese erst hervor. Die Reaktionen von Politik und Verwaltung auf das starke Wachstum des Wohnungsmittlers Airbnb oder die rechtlichen Dispute um die

B Gründer müssen in den G20-Staaten durchschnittlich sieben administrative Prozesse durchlaufen, bevor ihr Unternehmen offiziell gegründet ist

Anzahl administrativer Prozesse



Quelle: Weltbank; Roland Berger

Fahrdienstplattform Uber sind zwei prägnante Beispiele für dieses Phänomen. Im Zuge der deutschen G20-Präsidentschaft ist auch die adäquate Regulierung von Fintechs auf die Tagesordnung gerückt. Sie zielt darauf ab, im Markt für digitale Finanzdienstleistungen faire und transparente Wettbewerbsbedingungen zu garantieren.

Diese Beispiele zeigen, dass neue Geschäftsmodelle nicht nur die etablierten Unternehmen der „Old Economy“, sondern auch die bislang geltenden Wettbewerbsregeln herausfordern. Einerseits drängen Digitalunternehmen in hochregulierte Sektoren wie den Personentransport vor und stoßen dort auf kaum überwindbare Hürden. Andererseits erschließen digitale Geschäftsmodelle neue, noch unregulierte Märkte und lösen damit Diskussionen über neue Rahmenbedingungen aus.

Angesichts des Facettenreichtums digitaler Geschäftsmodelle ist es wichtig, dass Gesetzgeber die richtige Balance finden und so regulieren, dass Innovationen nicht blockiert und zugleich faire und transparente Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Einerseits sind staatliche Regeln notwendig, um einen funktionierenden Markt zu begründen und abzusichern. Gleichzeitig dürfen regulatorische Hürden nicht dazu missbraucht werden, etablierte Unternehmen zulasten der Konsumenten gegen neue Geschäftsmodelle zu protegieren. So ist es ein wichtiger Schritt, dass die EU mit der neuen Zahlungsdiensterichtlinie PSD II die Regeln der Finanzindustrie an die digitale Welt angepasst hat. Mit Öffnung des Marktes für Zahlungsverkehr können aufstrebende Fintechs leichter in Wettbewerb zu etab-

lierten Finanzdienstleistern treten und Konsumenten innovative Angebote machen.

Die G20 sollten sich entlang dieser Grundsätze über internationale Leitplanken für die Regulierung oder eben auch die Freiräume für neue Geschäftsmodelle verständigen. Ziel muss ein globaler Marktplatz für digitale Dienstleistungen sein, der mithilfe transparenter Regeln für fairen Wettbewerb sorgt – zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups, aber auch zwischen den digitalen Platzhirschen von heute und der innovativen Neugründung von morgen.

3.3 Digitalen Wohlstand für alle ermöglichen

Die auf der ganzen Welt zu beobachtenden protektionistischen Reflexe sind eine Gefahr für den freien Handel und die Weltwirtschaft. Deshalb müssen die G20 die mit Globalisierung und Digitalisierung verbundenen Zukunftsängste adressieren und neue Lösungsansätze diskutieren. Wenn sich die makroökonomischen Vorteile einer vernetzten Welt nicht positiv auf die individuelle Wohlfahrt der Bürger auswirken, droht jede freiheitliche Wirtschaftsordnung ihre Legitimität zu verlieren. Die Mitglieder der G20 müssen dafür Sorge tragen, dass alle Bürger von der digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft profitieren können. Konkrete Strategien für den Umgang mit den gesellschaftlichen Herausforderungen der Digitalisierung müssen von den Staaten selbst entwickelt werden. Aber

die G20 sollten den diesjährigen Gipfel nutzen, um gemeinsame Ziele auf drei wesentlichen Themenfeldern zu vereinbaren: der lückenlosen Versorgung mit schnellem Internet (vor allem Glasfaser), der Förderung von Bildung als Schlüsselressource der digitalen Welt sowie der Garantie der Meinungsvielfalt im Internet.

3.3.1 Flächendeckenden Breitbandausbau forcieren

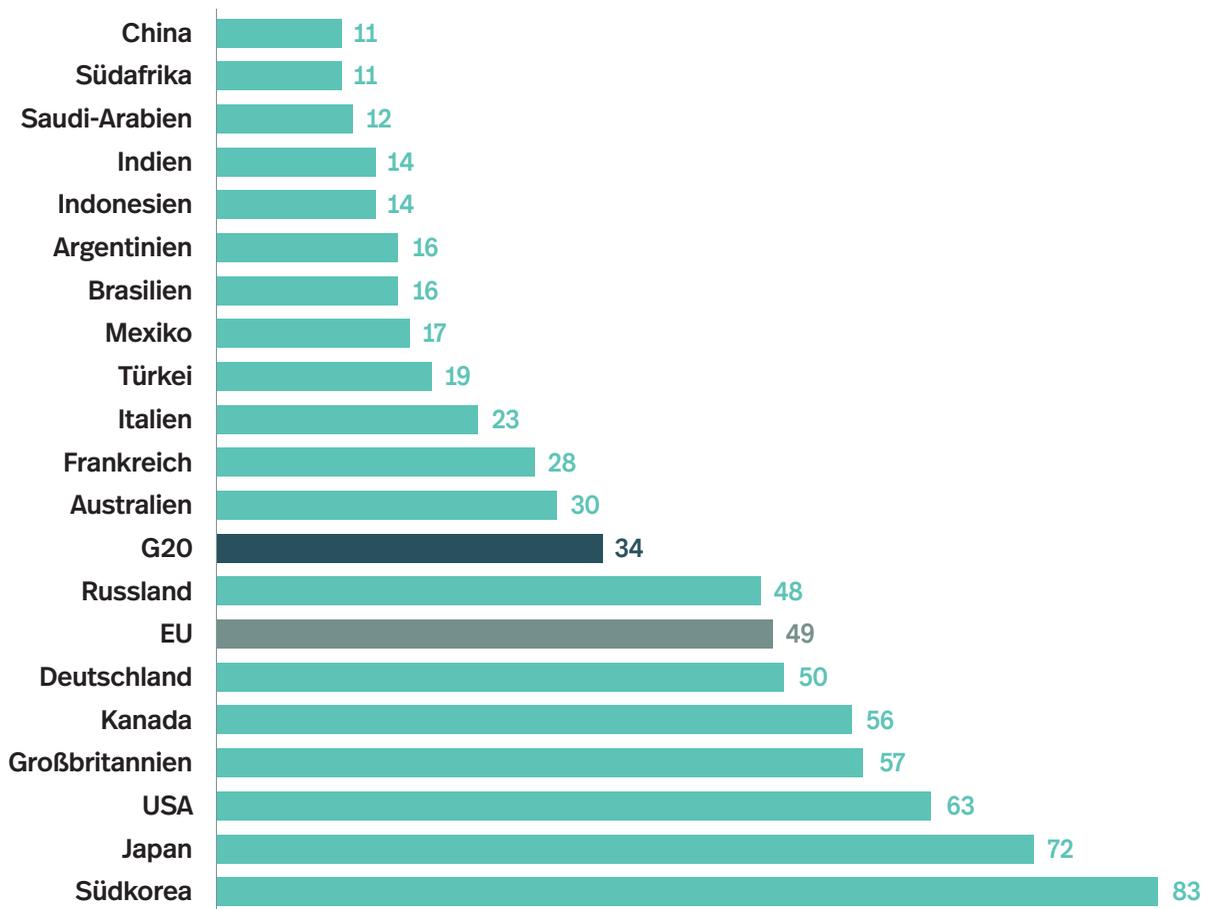
Die Bemühungen um die richtigen Rahmenbedingungen für neues Wachstum können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die Menschen Zugang zur digitalen Welt haben. Flächendeckender Internetzugang erhöht nicht nur Produktivität und Effizienz einer Volkswirtschaft, sondern fördert auch die Inklusivität einer Gesellschaft. Werden hingegen ganze Regionen oder gesellschaftliche Schichten von der Nutzung des Internets ausgeschlossen, ist mit steigender Ungleichheit zu rechnen. Aus diesem Grund wurde die weltweite Versorgung mit bezahlbarem Internetzugang in die Ziele *Sustainable Development Goals* der UN aufgenommen.

Ein Blick auf den Status quo der digitalen Infrastruktur in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern zeigt die Notwendigkeit einer Investitionsoffensive: Nur jeder dritte Internetzugriff in den G20 erfolgt mit einer Datenrate von mindestens 10 Mbit/s → C. Für den Weg in die Gigabit-Gesellschaft müssen größere Bandbreiten geschaffen werden. Hier sind die Staaten der G20 gefordert: Für private Investoren ist der Ausbau einer hochleistungsfähigen, zukunftsfesten Infrastruktur oft nur in Ballungszentren wirtschaftlich attraktiv. Um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten, müssen

Die makroökonomischen Vorteile der Digitalisierung müssen sich positiv auf die individuelle Wohlfahrt der Bürger auswirken.

C Nur jeder dritte Internetzugriff in den G20 erfolgt mit einer Datenrate über 10 Mbit/s

Internetzugriffe mit einer Datenrate über 10 Mbit/s [%]



Quelle: Akamai; Roland Berger (Stand: Q4 2016)

Staats- und Landesregierungen als Impulsgeber auftreten. Besonders erfolgreich sind staatliche Initiativen, wenn sie mit einem dynamischen Wettbewerb unter den Breitbandanbietern gekoppelt werden.

Die konkrete Umsetzung eines flächendeckenden Breitbandausbaus hängt von den nationalen und lokalen Gegebenheiten ab. Insbesondere in Schwellenländern verliert leitungsgebundene Datenübertragung an Bedeutung. Hier wird eine frühzeitige Einführung des 5G-Mobilfunkstandards besonders wichtig für die Breitbandabdeckung in strukturschwachen Regionen sein. Unabhängig vom gewählten Technologiemix bleibt eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet (mit Glasfaser als zukunftsfestem Backbone) eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Entwicklung in der digitalen Welt. Vor diesem Hintergrund sollten sich die G20 auf einen konsequenten Breitbandausbau verpflichten.

3.3.2 Soziale Mobilität durch zukunftsorientierte Bildung fördern

Allein auf hochbitratigen Verbindungen lässt sich jedoch keine wettbewerbsfähige Digitalökonomie gründen. Auch künftig steht der Mensch mit seinen Fähigkeiten im Zentrum des Wirtschaftslebens. Der Sprung in die digitalisierte Wirtschaft kann deshalb nur mit Unterstützung einer Bildungsoffensive gelingen, die sowohl Schulbildung als auch Weiterbildung im Berufsleben umfassen muss. Digitalisierung wird entgegen mancher Prognosen nicht unmittelbar mit einer hohen Arbeitslosigkeit einhergehen. Aber die Anforderungen der Arbeitswelt ändern sich, und zwar mit einer höheren Geschwindigkeit als bislang. In der digitalen Arbeitswelt

werden „Soft Skills“ wie Abstraktionsvermögen, Urteilskraft, Lernbereitschaft und Teamfähigkeit wichtiger. Die G20 sollten sich auf das Ziel einigen, Menschen sowohl in der Ausbildung wie auch im Arbeitsleben zur kontinuierlichen Anpassung an die sich wandelnden Anforderungen des digitalisierten Arbeitslebens zu befähigen.

Die konkreten Qualifikationsprofile der zukünftigen Arbeitswelt lassen sich ex ante kaum bestimmen. Programmieren wird bisweilen als die neue Lingua franca bezeichnet. Sicherlich ist es heute von Vorteil, in Algorithmen denken und sie entwickeln und beherrschen zu können. Doch erst Pioniergeist, Methodenwissen, Kreativität und Risikobereitschaft machen aus Algorithmen tragfähige Geschäftsmodelle. Deshalb ist es wichtig, dass Schüler eine gute Grundlagenbildung erhalten und lernen, sich selbstständig neue Inhalte zu erschließen und kritisch zu reflektieren. Besonders in der Informationsdichte des digitalen Zeitalters kommt es darauf an, Wesentliches von Unwesentlichem unterscheiden und auf dieser Grundlage sicher entscheiden zu können. Außerdem sollte auf allen Stufen der Ausbildung digitale Expertise im Sinne von Medienkompetenz verbindliches Element jedes Lehrplans sein. Nur so lernen Schüler, gesellschaftlich-kulturelle Zusammenhänge und Wechselwirkungen der digitalen Welt zu verstehen, und werden zu mündigen Konsumenten.

Darüber hinaus gilt es, den Stellenwert lebenslangen Lernens zu steigern. Arbeitnehmer müssen die Möglichkeiten und Fähigkeiten erhalten, sich den durch die Digitalisierung ausgelösten Veränderungen anzupassen und mit den neuen Anforderungen jederzeit Schritt zu

halten. Analog zur Schulbildung ist es wichtig, dass Unternehmen die Weiterbildung im gesamten Berufsleben fördern und auch fordern. Fortbildungen müssen noch stärker als bisher integraler Bestandteil der Personalentwicklung werden. Dies bedeutet beispielsweise eine strukturierte Erfassung und Planung von Trainingsbedarf und -angeboten. Mithilfe einer auf die Digitalisierung und ihre Chancen zugeschnittenen Personalentwicklung werden Unternehmen noch stärker von den Potenzialen ihrer Mitarbeiter profitieren. Arbeitnehmer können sich inhaltlich weiterentwickeln, Neues ausprobieren und erhalten attraktive Karriereperspektiven.

Die Stärkung lebenslangen Lernens anhand von Weiterbildungsprogrammen muss mit einer Förderung der Lernkultur einhergehen. Arbeitnehmer sollten die Möglichkeit erhalten, sich entlang ihrer Fähigkeiten und Interessen weiterzubilden und eigene Ideen und Projekte zu verfolgen. Dies bedeutet beispielsweise, dass informelle Kompetenzen eine stärkere Anerkennung erfahren. Auch abseits offizieller Weiterbildungen entwickeln sich Mitarbeiter und bauen neue Kompetenzen auf. Beide Wege sollten honoriert und gefördert werden, damit Wissbegierde und eigeninitiierte Weiterbildung fester Bestandteil des Berufslebens werden.

Eine freie und innovative Internetwirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn sich die makroökonomischen Vorteile der Digitalisierung in höheren individuellen Chancen auf Wohlstand niederschlagen. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sich die Bildungsangebote beständig an die wandelnden Rahmenbedingungen der digitalen Welt anpassen.

3.3.3 Meinungsvielfalt in digitalen Medien gewährleisten

Im Zuge der Umbrüche in der arabischen Welt, die 2011 als *Arabischer Frühling* weltweite Aufmerksamkeit erfuhren, wurde die Bedeutung sozialer Netzwerke für öffentliche Meinung und politische Willensbildung erstmals sichtbar. Über Facebook, Twitter und YouTube informierte und mobilisierte sich die Bevölkerung. Soziale Netzwerke wurden zu einem relevanten Nachrichtenkanal neben den etablierten Medien. Dieses Beispiel zeigt, welche Rolle digitale Plattformen und Medien bei der Verbreitung von Nachrichten und der Bildung politischer Meinung spielen. Neuigkeiten können über die sozialen Netzwerke ungefiltert und schnell verbreitet werden. Diese Möglichkeit schafft neue Freiräume und kann die Meinungsvielfalt stärken.

Der Bedeutungsschwund der Artikulations- und Selektionsfunktion klassischer Medien zugunsten neuer, netzbasierter, unmittelbarer Nachrichten- und Meinungsforen hat auch Schattenseiten. Während einerseits die Meinungsvielfalt zumindest potenziell steigt, ist gleichzeitig ein Rückzug von Nutzern in geschlossene Gruppen zu beobachten. In diesen digitalen Echokammern treffen sich Gleichgesinnte, um sich gegenseitig in ihrer Meinung zu bestärken. Der Strom an Nachrichten wird danach gefiltert, ob die Meldung in das Weltbild der Gruppe passt. Dieser Trend wird nicht nur durch das Nutzungsverhalten von Anwendern getrieben, sondern von den Algorithmen digitaler Plattformen bestärkt. Auf diese Problematik hat kürzlich Tim Berners-Lee, der Erfinder des World Wide Web, aufmerksam gemacht: Plattformen profitieren, wenn Nutzer aktiv sind und auf

Links und Likes klicken. Dies tun sie umso häufiger, je mehr der angebotene Inhalt ihren Interessen und Meinungen entspricht. Deshalb werden Meldungen, die mit den persönlichen Vorlieben der Nutzer korrelieren, häufiger angezeigt als andere Nachrichten. Diese Logik leistet der Bildung selbstreferenzieller Systeme Vorschub, in denen einseitige Darstellungen bis hin zu dreisten Erfindungen („fake news“) kursieren und die politische Willensbildung nachhaltig beeinflussen können. Damit unterminieren soziale Netzwerke jene Meinungsvielfalt, die sie selbst ermöglicht haben.

Die G20 sollten die wichtige Rolle digitaler Plattformen und insbesondere sozialer Netzwerke für die Stärkung von Meinungsfreiheit und -vielfalt anerkennen. Gleichzeitig sollten die sozialen Netzwerke dazu aufgefordert werden, Spielregeln für den Umgang mit verfälschten oder erfundenen Nachrichten zu entwickeln. Staatliche Eingriffe in die Informations- und Meinungsfreiheit müssen ein Tabu bleiben, solange nicht höherrangige Rechtsgüter wie der Schutz elementarer Persönlichkeitsrechte gefährdet sind. Die Antwort auf Herausforderungen der digitalen Welt ist in der Digitalisierung selbst zu suchen. Mit Blick auf die Wahrung der Meinungsvielfalt in sozialen Netzwerken sind Anwendungen aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz denkbar, die Meldungen in Echtzeit auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen und „fake news“ für den Nutzer kenntlich machen.

Wenn die sozialen Netzwerke ihrer Rolle als vielfältige und unabhängige Informationsplattform weiterhin gerecht werden wollen, müssen sie in ihren Newsfeeds ein breiteres Meinungsspektrum abdecken und insbe-

sondere einen Mechanismus zur Bewertung der Objektivität und Vertrauenswürdigkeit von Nachrichten entwickeln. Führende Plattformen haben das Problem bereits erkannt und arbeiten an Lösungen. So will Facebook seinen Algorithmus anpassen, damit Nutzern eine größere Vielfalt an Meldungen angezeigt wird. Und der neue Google-Service Perspective bietet eine Programmierschnittstelle an, mit der sich Nutzerkommentare in Nachrichten- und Meinungsforen nach Störern filtern lassen – somit können Seitenbetreiber ihre Kommentarspalten mit überschaubarem Aufwand moderieren.

Wenn diese Beispiele Schule machen und die Unternehmen der Digitalwirtschaft ihrer Verantwortung gerecht werden, können die sozialen Netzwerke eine wichtige Rolle als Förderer von Meinungsfreiheit und -vielfalt einnehmen.



4 **DAS POTENZIAL DER DIGITALI- SIERUNG NUTZEN**

Die Digitalisierung wird zu Recht als disruptive Kraft in Wirtschaft und Gesellschaft bezeichnet. Sie bedeutet neue Herausforderungen – vor allem aber neue Chancen. Wenn wir die Digitalisierung aktiv und konstruktiv gestalten, ergeben sich neue Wachstumspotenziale: Menschen eröffnen sich Chancen auf Aufstieg und Partizipation, verbesserte Lebensbedingungen und eine insgesamt chancengerechtere Gesellschaft. Dies kann nur gelingen, wenn Regierungen rechtzeitig auf die Herausforderungen der Digitalisierung reagieren und den richtigen Rahmen hinsichtlich Wettbewerb, Regulierung, Infrastruktur, Bildung und Meinungsvielfalt setzen.

Anlässlich des Treffens der G20-Digitalminister zur Vorbereitung auf den Gipfel in Hamburg hat dieses Papier zentrale Maßnahmen vorgestellt, die aus Sicht der europäischen Internetwirtschaft zum Erfolg der digitalen Transformation beitragen. So sollte eine transatlantische Kooperation für faire und transparente Wettbewerbsbedingungen in der Plattformökonomie sorgen. Ein solcher Schulterschluss kann zur treibenden Kraft für weltweit gültige Spielregeln in der Digitalwirtschaft werden. Darüber hinaus sollten sich die G20 auf bessere Rahmenbedingungen für digitale Unternehmen verständigen. Bürokratie und Regulierung bremsen das Wachstum aufstrebender Firmen. Gleichzeitig entstehen neue digitale Märkte, die einer ausgewogenen Regelsatzung zur Schaffung bzw. Aufrechterhaltung eines freien Wettbewerbs bedürfen. Außerdem sollten die G20 als größte Wirtschaftsnationen vorangehen und die Investitionen in digitale Infrastruktur und Bildung stärken. Schließlich sollten die Digitalminister der G20 die Gelegenheit zu einem konzertierten Vorgehen ergreifen

und die Betreiber sozialer Netzwerke dazu aufrufen, die Meinungsvielfalt zu stärken und die Meinungsfreiheit weiter zu fördern.

Angesichts der politischen Umbrüche rund um den Globus müssen die größten Industrie- und Schwellenländer kooperieren, um unsere digitale Zukunft erfolgreich zu gestalten. Darüber hinaus können die hier präsentierten Vorschläge die Eckpunkte einer globalen Agenda für eine erfolgreiche digitale Transformation bilden. Auch in den Entwicklungsländern und Reformstaaten, die nicht in den G20 vertreten sind, wird die Digitalisierung für viele Veränderungen sorgen. Die Regierungen dieser Länder sollten rechtzeitig handeln, um das Potenzial der Digitalisierung für Wirtschaftswachstum und eine gerechtere Gesellschaft zu nutzen. Nur gemeinsam können wir das Ziel einer innovativen und fairen Internetwirtschaft zum Nutzen der Menschen in aller Welt umsetzen.

Impressum

Herausgeber

Internet Economy Foundation (IE.F)

Uhlandstraße 175
10719 Berlin
www.ie.foundation

Prof. Dr. Friedbert Pflüger

Vorsitzender

Roland Berger GmbH

Sederanger 1
80538 München
www.rolandberger.com

Stefan Schaible

CEO Germany & Central Europe

Autoren

Clark Parsons

c.parsons@ie.foundation

Felix Styma

f.styma@ie.foundation

Philipp Leutiger

philipp.leutiger@rolandberger.com

Andreas Lang

andreas.lang@rolandberger.com

Dr. David Born

david.born@rolandberger.com

Kontakt

Clark Parsons

Geschäftsführer
Internet Economy Foundation (IE.F)
c.parsons@ie.foundation
+49 30 8877 429-400

Claudia Russo

Pressereferentin
Roland Berger GmbH
claudia.russo@rolandberger.com
+49 89 9230-8190

Haftungsausschluss

Diese Studie dient ausschließlich der generellen Orientierung. Der Leser sollte Aktivitäten nicht ausschließlich auf Basis der Inhalte dieser Studie anstoßen, insbesondere nicht ohne vorherige professionelle und individuelle Beratung. Die IE.F und Roland Berger sind nicht haftbar für Schäden, die aus Handlungen auf Basis dieser Studie entstehen.

